



MEHR RAUM FÜR BILDUNG

**BILDUNGSPOLITISCHE
POSITIONIERUNG
DER JUGENDVERBÄNDE
IN HESSEN**



MEHR RAUM FÜR BILDUNG

BILDUNGSPOLITISCHE POSITIONIERUNG DER JUGENDVERBÄNDE IN HESSEN

**Bildung – Entstehung von
Bewusstsein, umfassende
Entwicklung der Persön-
lichkeit (Subjektivität)
und aktiver Prozess in der
Auseinandersetzung mit
sich und der Welt**

Mit dem Erscheinen von Studien wie PISA und TIMSS ist Bildungspolitik quasi über Nacht zum Megathema aufgestiegen. Aufgeschreckt durch das vernichtende Urteil, das die beiden Studien über die Leistungen deutscher Schüler im globalen Vergleich gefällt haben, wird seitdem auf allen gesellschaftlichen Ebenen über Bildung, Lernen und die Schule diskutiert.

Obwohl viele aktuelle Studien und Veröffentlichungen die Bedeutung der non-formalen Bildung besonders hervorheben, zentriert sich die aktuelle Diskussion um die Bildung in einem hohen Maß auf das Thema Schule. Natürlich ist und bleibt Schule der zentrale Ort des institutionellen Lernens, an dem Bildung angeregt werden kann. Hier können alle Kinder und Jugendlichen systematisch mit den grundlegenden Kenntnissen und Erkenntnissen konfrontiert werden und das methodische Handwerkszeug zur Erschließung der Welt erwerben. Aber Bildung, verstanden als die Entstehung von Bewusstsein, als umfassende Entwicklung der Persönlichkeit (Subjektivität) und als aktiver Prozess des Subjekts in der Auseinandersetzung mit sich und der Welt, braucht die Motivation, die Bereitschaft und die Anstrengung des Individuums, um aus den bloß vorhandenen Erkenntnissen eigene Erkenntnisse mit Wirkung auf die eigene Identität zu machen. Bildung zielt auf die geistige Erschließung von Welt ab. Sie entfacht Neugier und Wissensdurst und ist Motivation für das Lernen und das Wachsen an dem Gelernten. Dies kann an allen Orten, mit verschiedensten Anlässen und auf vielfältige Weise geschehen. Wichtiger als der professionelle Rahmen sind dabei die eigene Betroffenheit, das eigene Wollen, das eigene Handeln und die Möglichkeit von Veränderung. Bildungspolitik sollte in diesem Sinne alle Facetten von Bildung reflektieren.





Bildung ist formale Bildung¹ und formales Lernen im Rahmen des staatlichen Bildungssystems von der Grundschule bis zur Universität, einschließlich der beruflichen Bildung und Weiterbildung, das in Bezug auf Lernziele, Lehrpläne, Lernzeit oder Lernförderung strukturiert ist und zur Zertifizierung führt.

Bildung ist informelle Bildung, die sich auf einen lebenslangen Lernprozess bezieht, in dem Haltungen, Werte, Fähigkeiten und Wissen durch alltägliche Einflüsse und Quellen im eigenen Umfeld (Freizeit, Familie, Peer Group, soziales Umfeld, Verbands- bzw. Vereinsarbeit, freiwilliges Engagement, Medien, Spiel...) ungeplant und unorganisiert erworben, reflektiert und übernommen werden.

Und Bildung ist non-formale oder auch außerschulische (außerhalb des formalen Curriculums geplante) Bildung, wie sie in der Jugendarbeit und in den Jugendverbänden stattfindet. Non-formale Bildung ist ein zielgerichteter, organisierter Prozess mit Bildungszielen wie persönliche und soziale Bildung, die vermittelt Lebensfertigkeiten, die Vorbereitung der Lernenden auf ihre Rolle als aktive Bürger und Bürgerinnen oder die Verbesserung bestimmter Fähigkeiten und Kompetenzen. Non-formale Bildung wird gekennzeichnet durch Freiwilligkeit, Partizipation, Ganzheitlichkeit und Prozessorientierung. Sie ist für jeden Menschen zugänglich, beruht auf Erfahrung und Handeln, setzt bei den Bedürfnissen der Lernenden an und beinhaltet sowohl individuelles Lernen als auch Lernen in Gruppen.

Der Hessische Jugendring fordert mehr Raum für Bildung in allen Bereichen der Gesellschaft und möchte mit diesem Positionspapier einen konkreten Beitrag zur Weiterentwicklung der Bildungslandschaft in Hessen leisten.

¹ Formale Bildung meint die Entwicklung „formaler“, also nicht inhaltlich bestimmter Fähigkeiten und Kräfte, das Lernen von Methoden und Fähigkeiten. Sie grenzt sich ab von der materialen Bildung, die das pure ansammeln von Wissen („enzyklopädische Vielwisserei“) bezeichnet.

Bildung ist formale Bildung

Bildung ist informelle Bildung

Bildung ist non-formale oder außerschulische Bildung, wie sie in der Jugendarbeit und in den Jugendverbänden stattfindet.

Der Hessische Jugendring fordert mehr Raum für Bildung in allen Bereichen der Gesellschaft

MEHR BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von Herkunft, Elternhaus, sozialer Stellung und finanziellen Möglichkeiten

Zumutbare Wege zu Bildungseinrichtungen

Die Integration von Einwanderern muss zum Querschnittsthema aller jugendpolitischen und bildungspolitischen Überlegungen werden

Zugang zu Bildung kostenfrei

Der Hessische Jugendring fordert mehr Bildungsgerechtigkeit. Wir leben in einer Gesellschaft in der Bildung der Schlüssel für die soziale Stellung ist. Nicht zuletzt die Ergebnisse der PISA-Studie haben deutlich gemacht, dass in keinem anderen europäischen Land die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen so maßgeblich von der sozialen Herkunft abhängen wie in Deutschland. Die Chancen der Teilhabe an einem wesentlichen Teil des gesellschaftlichen Lebens, nämlich an den in der Gesellschaft veranstalteten Bildungsprozessen sind quasi durch Geburt verteilt.

Unter Bildungsgerechtigkeit verstehen wir die gleichen Chancen für alle Kinder und Jugendlichen in allen Bildungsbereichen unabhängig von Herkunft, Elternhaus, sozialer Stellung und finanziellen Möglichkeiten. Kindheit und Jugend sind die zentralen Lebensabschnitte der Entwicklung. Dabei hat jedes Mädchen und jeder Junge das Recht darauf, ihren/seinen eigenen Weg, in seinem ureigenen Tempo, der eigenen Persönlichkeit entsprechend, bei optimaler individueller Förderung zu gehen.

Zur Herstellung von Bildungsgerechtigkeit gehören auch zumutbare Wege zu Bildungseinrichtungen und ein differenziertes und ansprechendes (Aus)Bildungsangebot, worauf vor allem in ländlichen Regionen Wert gelegt werden muss.

Die Integration von Einwanderern und vor allem der Kinder und Jugendlichen, ist mit Blick auf die Bildungsgerechtigkeit eine vordringliche Herausforderung. Migration ist längst kein Rand- und Nischenthema mehr. 5,8 Millionen junge Menschen haben einen Migrationshintergrund. Rund 33 % der Kinder bis zu sechs Jahren haben einen Migrationshintergrund. Wenn auch der größte Teil davon in Deutschland geboren ist, sind bei jedem dritten Kind unter sechs Jahren entweder die Eltern nach Deutschland zugewandert, oder die Kinder selbst sind nicht hier geboren. Im Mai 2006 wurden die Ergebnisse der Sonderauswertung (Stichprobe der Schüler aus Einwandererfamilien) der durch die OECD durchgeführten PISA-Studie vorgelegt. Deutschland hat hier bei der Integration von Einwanderern in das Bildungssystem unter 17 Ländern den letzten Platz belegt. Die Integration von Einwanderern ist von besonderer Bedeutung und muss zum Querschnittsthema aller jugendpolitischen und bildungspolitischen Überlegungen werden. Unterstützungsmaßnahmen und Bildungsangebote im Kindergarten- und Schulalter müssen auch jenseits des Unterrichts auf- und ausgebaut werden, etwa durch gezielten Sprachunterricht schon im Kindergarten oder eine die soziale Integration fördernde Jugendarbeit.

Aufgabe des Bildungssystems ist es, für gleiche Ausgangsbedingungen zu sorgen. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, dass der Zugang zu Bildung kostenfrei ist.

KINDERGARTEN UND VORSCHULE

Die Bedeutung der frühen Kindheit für die Bildungsbiographie eines Menschen ist unbestritten. Ziel muss es sein, Kinder früher, nachhaltiger, individueller und intensiver zu fördern und somit optimale Entwicklungschancen zu ermöglichen.

Wir fordern im Einzelnen:

- ▶ Der Übergang von Kindergarten zu Schule muss grundsätzlich verbessert werden
- ▶ Es bedarf der Aufwertung des Berufsbildes der ErzieherIn, Ausbildung und Vergütung müssen den veränderten Herausforderungen und der Verantwortung des Berufes angepasst werden
- ▶ Der Betreuungsschlüssel muss deutlich herauf gesetzt werden
- ▶ Ein integratives Bildungskonzept von Anfang an
- ▶ Die Abschaffung von Kindergartengebühren
- ▶ Eine frühzeitige Sprachförderung
- ▶ Für jedes Kind sollte die Möglichkeit einer fachkompetenten Betreuung auch vor dem 4. Lebensjahr gegeben sein
- ▶ Die elementare Früherziehung für alle Kinder ab dem 4. Lebensjahr
- ▶ Die individuelle Förderung von sozialen, kommunikativen, kulturellen, ethisch-religiösen, politisch-kritischen, ästhetischen und motorischen Kompetenzen im Sinne einer ganzheitlichen Bildung
- ▶ Intensive Kommunikation mit den Eltern, Austausch über Erziehungs- und Bildungskonzepte, pädagogische Beratungs- und Fortbildungsangebote
- ▶ Eine bessere finanzielle, räumliche, sachliche und personelle Ausstattung der Einrichtungen

SCHULE

Unser Schulsystem unterstützt mit seiner frühen Auslese zusätzlich strukturelle Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Nicht jedes Kind hat die gleiche Chance auf eine ihm angemessene Schullaufbahn. **Wir fordern im Einzelnen:**

- ▶ Verpflichtende ganztägige Angebote an allen Schulen bis 16 Uhr bei einer Stundenbelastung von Schülerinnen und Schülern von maximal 40 Zeitstunden (Hausaufgaben, Lernförderung, Lernen für Klausuren, non-formale Bildungsangebote, Pausen, Mittagessen usw. sind darin integriert)

**Kinder früher,
nachhaltiger, individueller
und intensiver fördern**

**Unser Schulsystem
unterstützt mit seiner
frühen Auslese strukturelle
Ungleichheit und
Ungerechtigkeit**



Die berufliche Ausbildung ist ein wichtiger Schritt zur Identitätsentwicklung und grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe.

Ein modernes Berufsbildungssystem muss die Durchlässigkeit zwischen Bildungsabschnitten und Bildungsstrukturen sicherstellen.

- ▶ Gemeinsames Lernen im Lernverband bis zum 7. Schuljahr
- ▶ Eine Schule für alle bis zum 10. Schuljahr bei individueller und gezielter Förderung der Einzelnen Schülerinnen und Schüler
- ▶ Anpassung der Ausbildung und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer an die neuen Herausforderungen
- ▶ Die umfassende Beteiligung außerschulischer Bildungspartner bei der konzeptionellen Gestaltung des Ganztags
- ▶ Aufhebung der 45 Minuten Taktung des Unterrichts, neue Rhythmisierung der Angebote
- ▶ Die Aufhebung der Querversetzung und Nichtversetzung
- ▶ Multiprofessionelle und multikulturelle Teams in Schulen
- ▶ Klassen in arbeitsfähiger Größe
- ▶ Deutschunterricht für Zuwanderer als Schlüssel für eine Integration von Migranten
- ▶ Intensive Kommunikation mit den Eltern, Austausch über Erziehungs- und Bildungskonzepte, pädagogische Beratungs- und Fortbildungsangebote
- ▶ Konsequente Umsetzung der Lehrmittelfreiheit

BERUFLICHE AUSBILDUNG

Junge Menschen brauchen mit Blick auf Ausbildung und Berufsleben Beratung und Orientierung zur Stärkung der Wahrnehmung und Formulierung eigener Wünsche für Berufsausbildung und Lebensentwurf. Die berufliche Ausbildung im Anschluss an die schulische Bildung ist ein wichtiger Schritt zur Identitätsentwicklung und grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, die niemandem verwehrt werden dürfen. Um dies zu gewährleisten und jungen Menschen endlich sichere Perspektiven zu schaffen, ist eine optimale Unterstützung gemäß ihrer Bedürfnisse ebenso nötig, wie die verpflichtende gesetzliche Regelung.

Jugendliche mit unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen brauchen differenzierte Förderung. Deshalb sind wir für ein erweitertes und breites Betreuungs- und Ausbildungsangebot mit persönlichem Fördercharakter. Ein modernes Berufsbildungssystem muss die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungsabschnitten und Bildungsstrukturen sicherstellen. Hiermit wird die Attraktivität der Berufsbildung als eine der Grundlagen unseres Bildungssystems weiter gestärkt.

Die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens muss sich als Grundstruktur bereits in der beruflichen Erstausbildung wieder finden. Jugend-Auszubildendenvertretun-



gen sind ein wichtiges Bindeglied von Bildungsprozessen und demokratischer Interessenvermittlung. Ihre Sicherung und Weiterentwicklung muss daher gewährleistet sein.

Für die berufliche Ausbildung fordern wir:

- ▶ ein Grundrecht auf Ausbildung im Grundgesetz
- ▶ dem eindeutigen Vorrang für das duale Ausbildungssystem vor schulischen bzw. außerbetrieblichen Maßnahmen
- ▶ die Ausbildungsplatzumlage
- ▶ weitere und längere Begleitung und Beratung von Jugendlichen vor und in der (Aus-)Bildungsphase

STUDIUM

Die Ausgestaltung der akademischen Bildung darf sich nicht ausschließlich an der Qualifizierung für das Berufsleben orientieren. Auch Hochschulen und Universitäten sollen Bildungsprozesse ermöglichen, welche über fachspezifisches Wissen hinausreichen. Hierbei müssen ausreichende Möglichkeiten zum selbstbestimmten und selbstorganisierten Lernen geschaffen werden. Außerdem muss die demokratisch verfasste studentische Mitbestimmung gestärkt werden, um individuelle Bildungsprozesse und demokratische Interessensvertretung zu ermöglichen. Der ökonomische Anpassungsdruck aufgrund der Unterfinanzierung der Hochschulen muss dringend reduziert werden, damit die Freiheit von Forschung und Lehre erhalten bleibt und eine Selektion durch Zulassungsbeschränkungen und Studiengebühren verhindert werden. Die Einführung betriebswirtschaftlich orientierter und zentralisierter Hochschulstrukturen sowie die Diskussion über Eliteeinrichtungen in der Hochschullandschaft markieren den Abschied von einer sozialen und demokratischen Hochschullandschaft. Wir streben hingegen eine weitestgehende Öffnung der Hochschulen, ihre öffentliche Rechtsform und ihre öffentliche finanzielle Sicherung an.

Für den Bereich des Studiums fordern wir:

- ▶ das gebührenfreie Studium – Studiengebühren halten junge Leute von Hochschulen fern.
- ▶ eine umgehende Kursumkehr in der neuen Studienstruktur – Im Studium sind umfangreiche Wahlfreiheiten, eine drastische Reduzierung des Prüfungsumfangs zu realisieren, um mehr Freiräume für selbstbestimmtes Lernen zu ermöglichen.
- ▶ Die uneingeschränkte Durchlässigkeit beim Übergang von Bachelor zum Masterstudium – Weder Quote noch Note dürfen den Zugang zum Masterstudium einschränken
- ▶ notwendige Mittel für fehlende Studienplätze und zur Verbesserung der Qualität der Lehre (u.a. des Betreuungsverhältnisses)
- ▶ die 25%-Hürde bei den Wahlen zum Studierendenparlament und den sog. Ordnungsparagrafen abzuschaffen.
- ▶ Eine Stärkung der verfassten Studierendenschaft und ihres Vertretungsmandats zum allgemeinpolitischen Mandat.

Die Sicherung und Weiterentwicklung von Jugend-Auszubildendenvertretungen muss gewährleistet sein.

Möglichkeiten zum selbstbestimmten und selbstorganisierten Lernen schaffen

Der ökonomische Anpassungsdruck muss dringend reduziert werden

Öffnung der Hochschulen

MEHR GANZTAGSSCHULE IN HESSEN

Flächendeckend eine qualifizierte Ganztagsschule in Hessen

Die Hessischen Jugendverbände fordern flächendeckend eine qualifizierte Ganztagsschule in Hessen, die konzeptionell und in ihrer Ausstattung an die Herausforderungen die sich Kindern und Jugendlichen stellen, angepasst sind. Ansonsten sehen wir die Gefahr, dass Ganztagsschule aufgrund mangelnder pädagogischer Konzepte und mangelnder finanzieller und personeller Ausstattung zu einer Betreuungsanstalt ohne Bildungsansprüche verkommt.

Die Jugendverbände sehen in der Ganztagsschule die Chance:

- ▶ Chancengleichheit durch intensivierete Bildungsmaßnahmen und eine verbesserte Förderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen zu erreichen
- ▶ Schule zu einem Lebensraum für Kinder und Jugendliche auszubauen, der formale und non-formale Bildungsangebote umfasst
- ▶ neue pädagogische Ansätze zu etablieren
- ▶ Kompetenzerwerb über die reine Wissensvermittlung hinaus zu ermöglichen
- ▶ Kooperationen zwischen schulischen und außerschulischen Partnern als konzeptionellen Bestandteil von Ganztagsbildung auszubauen
- ▶ eine umfassende Betreuung und Versorgung für alle Kinder und Jugendlichen sicherzustellen

Das pädagogische Konzept der Schule muss sich elementar verändern

Um das erreichen zu können muss sich das pädagogische Konzept der Schule jedoch elementar verändern. Das Konzept der qualitativen Ganztagsschule muss Aussagen enthalten:

- ▶ zur veränderten Unterrichtsgestaltung,
- ▶ zur Gestaltung von individueller Förderung und Forderung,
- ▶ zum selbstständigem Arbeiten,
- ▶ zur Kompensation der in der Ganztagsschule wegfallenden Hausaufgaben und des Lernens zu Hause
- ▶ einer veränderten Rhythmisierung des Lernens,
- ▶ zur Erziehung zu einer gesunden Lebensweise,
- ▶ zu Beziehungen zu außerschulischen Partnern und der Nutzung außerschulischer Lernorte,
- ▶ zu Konsequenzen der veränderten Unterrichtsorganisation
- ▶ zur Rollengestaltung und der Zusammenarbeit aller an Schule Beteiligten (Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, Schulleitung, Eltern, technisches Personal, ...).



MEHR PARTIZIPATION

Der Hessische Jugendring fordert die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen in Hessen, an allen sie und ihre Lebenswelt betreffenden Entscheidungen. Bildung ist hierbei ein zentraler Bereich. Der Hessische Jugendring fordert in allen Bereichen der Bildung den höchst möglichen Grad an Mitwirkung, Mitbestimmung, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung für Kinder und Jugendliche ein.

Individuelle Bildungsprozesse und Engagement hängen sehr eng zusammen. Der Wunsch nach Veränderung ist Motivation für individuelle Bildungsprozesse, Veränderbarkeit ist die Bedingung. Das Verändern von gesellschaftlichen Prozessen bedeutet, zu partizipieren und etwas verändern zu können, fordert junge Menschen heraus. Persönliche Herausforderungen sind die Katalysatoren, die Bildungsprozesse in Gang kommen lassen. Für die hessischen Jugendverbände ist daher Partizipation die zentrale Voraussetzung für individuelle Bildungsprozesse. Ist im Kontext des pädagogischen Handelns nur der lernstoffbezogene Bildungsaspekt vorherrschend, so wird Bildung auf abrufbares Wissen reduziert, das in keiner Beziehung zu den lernenden Subjekten und ihren Lebensbedingungen steht. Bildung braucht den ganzen Menschen, mit all seiner Aufmerksamkeit und all seinen Sinnen. Bildung muss demgemäß den Lernenden in sein Zentrum nehmen, ihm Raum geben und Teilhabe herausfordern. Entscheidend sind hierbei die Bindung der Lerninhalte an die individuelle Erfahrungswelt der Kinder und Jugendlichen und die Möglichkeit an allen Entscheidungen und Prozessen zu partizipieren.

Mehr Partizipation bedeutet für uns:

- ▶ Das ständige Fördern und Befähigen von Kindern und Jugendlichen zur Partizipation
- ▶ Demokratisch verfasste Kindergärten, Schulen und Hochschulen
- ▶ Eine Aufwertung und Intensivierung der politischen Bildung. Dies muss sich zentral dem Ziel verpflichten, die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen an demokratischen Prozessen und die Teilnahme an Wahlen zu fördern.
- ▶ Die Einbindung von jungen Menschen in die kommunalen und regionalen demokratischen Strukturen und Entscheidungsprozessen und die entsprechende kind- und jugendgerechte Ausgestaltung dieser Strukturen
- ▶ Die Stärkung der Jugendhilfeausschüsse
- ▶ Die Schaffung klarer Leitlinien zur Sicherstellung der Beteiligung von jungen Menschen entsprechend der Hessischen Gemeinde- und Hessischen Landkreisordnung
- ▶ Die Entwicklung von Formen einer flexiblen Beteiligung (Form und Zeit)

Umfassende Beteiligung der Kinder und Jugendlichen

Partizipation ist die zentrale Voraussetzung für individuelle Bildungsprozesse

Bindung der Lerninhalte an die individuelle Erfahrungswelt der Kinder und Jugendlichen

MEHR AUßERSCHULISCHE BILDUNG

Gelungene Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der täglichen Arbeit der Jugendverbände

Der außerschulischen Bildung kommt mit Blick auf die Partizipation von Kindern und Jugendlichen eine Vorbildrolle zu. Wie gelungene Beteiligung aussieht und welche Bildungsmomente mit ihr verbunden sind, demonstrieren die Jugendverbände in ihrer täglichen Arbeit. Jugendverbände erschaffen Situationen, in denen Kinder und Jugendliche selbst entscheiden, Verantwortung übernehmen und daran wachsen. Sei es die wöchentliche Gruppenstunde, das Seminar am Wochenende, das Kinderfest, die politische Aktion oder das Sommerzeltlager. Kinder und Jugendliche organisieren, konzipieren, entscheiden und handeln, sie haben Erfolg und Misserfolg und sie lernen und wachsen daran. Grundlage dafür ist der Wille und die Möglichkeit ihre Umwelt entsprechend den eigenen Bedürfnissen zu gestalten.

Außerschulische Jugendbildung hat als gesellschaftliches Engagement immer eine politische Dimension. Bildung entsteht da, wo gesellschaftliche Widerspruchspotenziale erkannt, analysiert und angegangen werden. Jugendverbände bieten den Raum, sich in einer Gruppe von Jugendlichen, die ähnliche Wertvorstellungen und Ziele haben, in reale Aushandlungsprozesse mit gesellschaftlicher Bedeutung zu begeben. Hierbei werden sie unterstützt durch authentische Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter. Hier können individuelle Probleme in ihrer gesellschaftlichen Dimension wahrgenommen und, auch auf der politischen Ebene, bearbeitet werden.

Die Bildungsarbeit der Jugendverbände ist frei- willig, ganzheitlich und prozessorientiert, partizi- pativ und auf die Lernen- den hin zentriert.

Die außerschulische Jugendbildung und die Arbeit der Jugendverbände verstehen sich auch als ein non-formales Bildungsangebot. Die Bildungsarbeit der Jugendverbände ist freiwillig, ganzheitlich und prozessorientiert, partizipativ und auf die Lernenden hin zentriert. Sie beruht auf eigene Erfahrungen und eigenes Handeln und setzt bei den Bedürfnissen und Interessen der Lernenden an.

Außerschulische Bildung sichern und ausbauen

Ihre zentrale Aufgabe sehen die Jugendverbände darin, außerschulische Angebote für Kinder und Jugendliche zu machen. Die Wahrnehmung dieser zentralen Aufgabe darf auch durch die Einführung der Ganztagschule nicht in Frage gestellt werden. Der Hessische Jugendring fordert, die außerschulische Bildung als festen Bestandteil der Bildungslandschaft zu sichern und auszubauen.

Konkret fordern wir:

- ▶ den Ausbau der außerschulischen Jugendbildung als gleichwertiges Bildungsangebot neben der Schule für Kinder und Jugendliche





- ▶ Aufhebung der Deckelung der Beteiligung an den Einnahmen aus Sportwetten und Lotterie für die außerschulische Jugendbildung
- ▶ Einbindung der außerschulischen Bildungsträger in die bildungspolitischen Entscheidungsprozesse als gleichberechtigte Partner

Der Fortbestand der außerschulischen Bildung neben einer flächendeckenden Ganztagschule wird zwar von niemandem in Frage gestellt, dennoch ist die Existenz beider Systeme nebeneinander keinesfalls selbstverständlich. In keinem anderen Land finden wir ein Bildungssystem mit einer flächendeckend realisierten Ganztagschule und einem System der außerschulischen Bildung, wie es sich in Deutschland etabliert hat. Die Einführung der Ganztagschule stellt in erster Linie die betroffenen Kinder und Jugendlichen, aber auch die Jugendverbände vor neue Herausforderungen.

Problematisch ist unter anderem:

- ▶ die Verknappung unverplanter Zeit von Kindern und Jugendlichen,
- ▶ die Verknappung der Zeit für ehrenamtliches Engagement,
- ▶ die Verknappung der Zeit für die Teilnahme an Jugendverbandsaktivitäten,
- ▶ die mögliche Einschränkung von freiwilliger und selbstbestimmter Jugendarbeit.

Kindern und Jugendlichen muss es auch weiterhin möglich sein, einen Teil ihrer Zeit eigenverantwortlich und außerhalb von Schule zu verbringen und zu gestalten und außerschulischen Bildungsangebote zu nutzen. Deswegen müssen Schule und alle damit verbundenen Aufgaben (Hausaufgaben, Lernförderung...) um 16 Uhr enden, so dass im Anschluss an den Schultag noch frei verfügbare Zeit für andere Aktivitäten zur Verfügung steht. Das Leben von Kindern und Jugendlichen darf nicht komplett verschult werden, maximal 40 Stunden der Wochenzeit von Kindern darf durch schulische Angebote belegt werden.

Mehr Raum für Bildung bedeutet für den Hessischen Jugendring ein Bildungssystem in dem formale, non-formale und informelle Bildung als gleichberechtigte Partner in einem lebenslangen Bildungsprozess einander wechselseitig ergänzen und verstärken.

Das Leben von Kindern und Jugendlichen darf nicht komplett verschult werden.

Formale, non-formale und informelle Bildung als gleichberechtigte Partner in einem lebenslangen Bildungsprozess

MEHR KOOPERATION ZWISCHEN SCHULE UND AUßERSCHULISCHEN BILDUNGSTRÄGERN

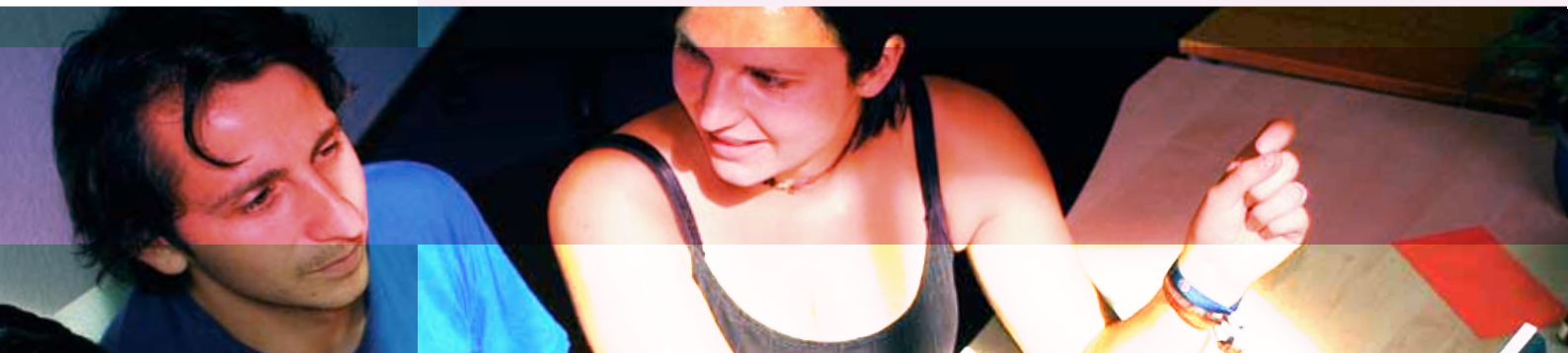
Ein System der Ganztagsbildung mit allem im Sozialraum engagierten Bildungsträgern entwickeln.

Eine qualitative Ganztagschule kann nur gelingen, wenn alle in einem Sozialraum engagierten Bildungsträger, Institutionen und Personen ein geeignetes System der Ganztagsbildung entwickeln. Formale und non-formale Bildungsprozesse müssen dort integriert, sinnvoll ergänzt und miteinander verbunden werden.

Um Kooperationen in diesem Bereich gewinnbringend für Schülerinnen und Schüler umsetzen zu können, bedarf es neuer bzw. erweiterter Strukturen und eines Ausbaus des Sektors „Kooperation von Jugendarbeit und Schule“ innerhalb der Jugendverbände. Dieser Bereich kann nur neben den eigentlichen Aufgaben der Verbände neu konzipiert werden. Auf Grundlage ihres Bildungsbegriffs und ihrer zentralen Grundprinzipien Selbstbestimmung und Partizipation erklärt ein großer Teil der Jugendverbände sich bereit, ihre Angebote auf den schulischen Kontext zu erweitern.

Um Kooperationen zwischen Jugendverbänden und Schulen anzuregen bedarf es:

- ▶ des Ausbaus regionaler Servicestellen, angesiedelt bei den Verbänden, zur Konzeptionierung, zum Aufbau und zur Durchführung von Angeboten
- ▶ des Aufbaus einer Trägerstruktur bei den Verbänden, abgesichert durch ein hessisches Landesprogramm
- ▶ finanzieller Mittel zur Beratung, Qualifizierung und Durchführung der Angebote durch Fachkräfte
- ▶ Förderprogramme des Landes zur Anregung von Kooperationen zwischen außerschulischen Partnern und der Schule
- ▶ der Regelung, dass jede Ganztagschule neben zusätzlichen Personalstellen verpflichtend ein frei verfügbares Finanzbudget erhält, um damit Maßnahmen von außerschulischen Partnern zu finanzieren



TRÄGERMODELL FÜR DIE ANGEBOTE DER JUGENDVERBÄNDE IN DER SCHULE

EIN BLICK IN EINE MÖGLICHE ZUKUNFT

Ein visionärer Beitrag zur Debatte über die Kooperation von Jugendarbeit und Schule
von Stefan Haid, Vorsitzender des Hessischen Jugendrings

EINLEITUNG

Das Thema Jugendverbandsarbeit und (Ganztags-) Schule begleitet nun schon lange mein ehrenamtliches und, als Oberstufenleiter der Carl-von-Weiberg Schule in Frankfurt am Main, auch mein berufliches Leben.

Für den Hessischen Jugendring ist dieses Thema in Gesprächen mit den jugend- und bildungspolitischen Sprecher/innen der im Landtag vertretenen Parteien auf der Tagesordnung, nach Diskussionen mit dem Kultusministerium haben wir Rahmenvereinbarungen abgeschlossen und in einem Modellprojekt, finanziert vom Hessischen Sozialministerium, unterstützen wir die Zusammenarbeit zwischen Ganztagschulen und Jugendverbänden im Kreis Offenbach. In einem halbjährlichen Diskussionsprozess unter den Jugendverbänden ist das bildungspolitische Positionspapier „Mehr Raum für Bildung“ entstanden.

Als Oberstufenleiter der Carl-von-Weiberg-Schule bin ich von beruflicher Seite für den Aufbau einer Ganztagschule mitverantwortlich. Die Integration von außerschulischen Partnern fiel uns als Schule nicht immer leicht. Angebote wurden gemeinsam gestartet und liefen nur zum Teil zur Zufriedenheit beider Partner. Die Kommunikation zwischen den Partnern war nicht leicht zu organisieren, die Jugendwartin wohnt 50 km von der Schule entfernt und hat einen Vollzeitberuf, da trifft man sich nicht mal so einfach am Don-

nerstag gegen 15 Uhr um die Zusammenarbeit weiterzuentwickeln.

Ich möchte hier einige Schwierigkeiten und einen möglichen Lösungsvorschlag zum Thema Jugendverbandsarbeit und Ganztagschule formulieren und freue mich auf die weiteren Diskussionen.

SCHWIERIGKEIT DER KOOPERATION VON JUGENDARBEIT UND SCHULE

EIN PROBLEMAUFRISS

Die Ansätze der non-formalen Bildung der Jugendverbandsarbeit sind eine Bereicherung für die Schule. Die Stärken der außerschulischen Jugendbildung: soziales Lernen, Persönlichkeitsentwicklung und Mitbestimmung werden in den Schulen dringend gebraucht. Die Jugendverbände hingegen finden in der Schule einen neuen Ort für ihre Angebote und erreichen viele weitere Kinder und Jugendliche mit ihren Ideen und Konzepten.

Bei konkreten Angeboten aus der Jugendverbandsarbeit in der Ganztagschule sehe ich allerdings auf

verschiedenen Ebenen Probleme, die eine intensive Kooperation massiv behindern. Diese Probleme werden bisher kaum wahrgenommen. Ich sehe für die Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule strukturelle Probleme auf den Ebenen der Kommunikation, der Motivation, der zeitlichen Dimension und der pädagogischen Rahmenbedingungen.

KOMMUNIKATION

Selbst wenn die Kommunikation in dem Bereich Jugendarbeit und Schule auf der Landesebene zwischen den beteiligten Ministerien und Akteuren sehr gut und kontinuierlich funktionieren würde, die Kommunikation auf der Ebene der Akteure vor Ort ist strukturell problematisch. Akteure auf der Seite der Schulen sind hier die Schulleitungen, angeschlossene Fördervereine und die Schulträger. Auf der Seite der Jugendverbände sind es die ehrenamtlichen Jugendgruppenleiterinnen und Jugendgruppenleiter und die örtlichen ehrenamtlichen Leitungsgremien der Jugendverbände, nur vereinzelt sind es hauptberufliche Jugendbildungsreferentinnen und Jugendbildungsreferenten.

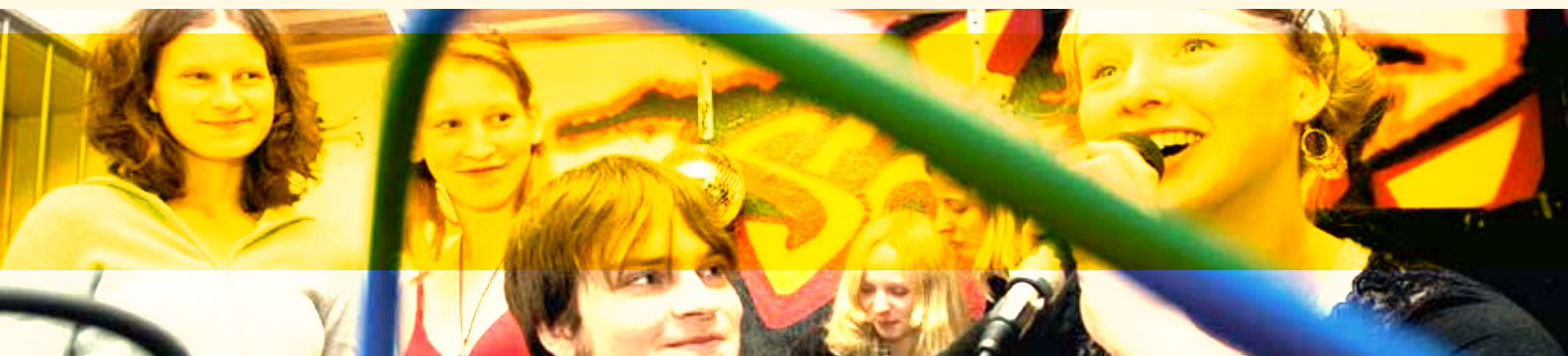
Auf der jeweiligen Ebene der konkreten Schule kommt es oft nur sehr schwer zu den Kontakten zwischen der Schulleitung, die für das Angebot der Schule verantwortlich ist, und den Ehrenamtlichen in den Verbänden. Falls es überhaupt zu Kooperationen kommt, entstehen diese eher zufällig über persönliche Bekanntschaften oder zufällige Kontakte.

Somit ist auch die Auswahl der Verbände, die ein Angebot in einer Schule machen, stark abhängig von den handelnden Personen. Die im KJHG ausdrücklich eingeforderte Vielfalt der Angebote aus allen gesellschaftlichen Bereichen bildet sich in der konkreten Schule vor Ort nicht ab.

MOTIVATION

Auf den Landes- und überregionalen Leitungsebenen der Jugendverbände sind der Wunsch und der strategische Wert einer Mitarbeit der Verbände in der Ganztagschule inzwischen weit verbreitet. Allerdings steht den Verbänden kein „Apparat“ zur Verfügung, der dieses Wollen auf der ganz konkreten Ebene entsprechend umsetzen kann. Jugendverbände sind Zusammenschlüsse von ehrenamtlich engagierten jungen Menschen, die ihre Kraft in einen Verband einbringen, weil sie dort für sich selbst oder ihre persönlichen oder gesellschaftlichen Ziele einen Nutzen finden. Mit dem Verband verbinden sie gemeinsame Interessen, Ziele, Freundschaften, interessante und schöne Erfahrungen, Spaß ... Und in diesem Verhältnis übernehmen sie Aufgaben und Verantwortung in dem Verband. Keinesfalls sind sie Weisungsempfänger.

Jugendverbandsarbeit basiert auf freiwilligem Engagement. Junge Menschen engagieren sich für das was ihnen wichtig ist. Die Arbeit in der Schule ist nicht der Inhalt ihres Engagements, wenn sie sich für die Mitarbeit in einem Jugendverband entschieden haben. Daher kann von einem ehrenamtlichen Engagement von Jugendgruppenleiterinnen und Jugendgruppenleitern in der Schule aus meiner Sicht nicht ausgegangen werden.



ZEITLICHE DIMENSION

Die ehrenamtlich Aktiven in den Jugendverbänden sind überwiegend Schüler, Studenten, Auszubildende und Arbeitnehmer. Im Rahmen eines ehrenamtlichen Engagements sind kontinuierliche Angebote im Zeitrahmen der Ganztagschule schon aus zeitlichen Gründen in den allermeisten Fällen nicht umsetzbar.

PÄDAGOGISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Schulische Bildung wird konstituiert durch Lernziele, Lehrpläne, Lernzeit, Lernförderung und Zertifizierung. Die Bildungsarbeit in den Jugendverbänden wird konstituiert durch Freiwilligkeit, Partizipation, Selbstorganisation, Ganzheitlichkeit und Prozessorientierung. Beides sind zwar zielgerichtete, organisierte Prozesse, die sich jedoch sowohl in den Bildungszielen, als auch im pädagogischen Handeln und der Motivation der Lernenden ganz grundsätzlich unterscheiden. Jugendverbände erschaffen Situationen, in denen Kinder und Jugendliche selbst entscheiden, Verantwortung übernehmen und daran wachsen. Das ist der Grundgedanke der Bildungsarbeit der Jugendverbände. Hinzu kommt das starke Moment der Gruppe, die sich über ein gemeinsames Wollen, über gleiche Werte und Ziele definiert.

All dies ist nicht in die Schule übertragbar. Jugendverbände können daher in der Schule keine Jugendverbandsarbeit anbieten. Sie können aber sehr wohl auf der Basis ihres Leitbildes, ihres Bildungsbegriffes und ihrer pädagogischen Methoden pädagogisch in der Schule arbeiten. Hierzu müssen Ansätze aus der Jugendverbandsarbeit auf die Situation in der Schule transferiert werden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ehrenamtlich und hauptberuflich) geschult werden.

Allerdings nicht mit dem Ziel, die Jugendverbandsarbeit in die Schule zu tragen, sondern mit dem Ziel ganz andere Formen des Lernens in der Schule zu eta-

blieren und damit Lust und Neugier auf die außerschulische Bildung und auf ehrenamtliches Engagement in den Jugendverbänden zu wecken. Die Jugendverbandsarbeit wird nach wie vor ihren Platz nur außerhalb des schulischen Rahmens haben können.

EIN BLICK NACH VORN

ECKPUNKTE EINES TRÄGERMODELLS

Die Zusammenarbeit von Jugendverbänden und Schule muss auf der organisatorischen und auf der pädagogischen Ebene neu konzeptioniert werden. Ich plädiere an dieser Stelle für den Aufbau einer Trägerstruktur. So wie Jugendverbände die Trägerschaft für Einrichtungen der Jugendarbeit wie offene Jugendtreffs, Jugendcafés oder Abenteuerspielplätze übernehmen, sollten auch Trägerschaften für Angebote der Jugendverbandsarbeit in der Ganztagschule übernommen werden können. Hierdurch würde eine Angebotsstruktur entstehen, die von speziell hierfür eingestellten Hauptberuflichen oder von Honorarkräften, die aus der Jugendverbandsarbeit kommen oder dort ausgebildet sind, getragen und von den Arbeitsweisen, Ideen und Konzepten der Jugendverbandsarbeit angereichert wird.

Hierzu würden von den Jugendverbänden neben der eigenen verbandlichen Struktur überregionale, hauptberuflich besetzte Servicestellen eingerichtet. Diese vermitteln und organisieren Angebote in der Schule, bilden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus, entwickeln Konzepte und strukturieren die Kommunikation zu den Schulen und in die Verbände.

Jugendverbände und andere potenzielle Träger könnten ähnlich wie beim Bildungsurlaub unter bestimmten Bedingungen auf der Landesebene als Träger von Angeboten der Jugendarbeit in der Schule

anerkannt werden. Die Schulen könnten dann Ausschreibungen für die Zeitfenster, für die sie sich Angebote aus der Jugendarbeit wünschen, eventuell verbunden mit bestimmten inhaltlichen oder methodischen Konkretisierungen, an den Kreis der Träger in der Region weitergeben. Die verschiedenen in der Region tätigen Träger könnten dann jeweils Angebote konzipieren und den Schulen vorschlagen. Am Ende würden im besten Fall die Schülerinnen und Schüler selbst entscheiden, welche Angebote stattfinden sollen. Dies würde zum einen die Pluralität der Anbieter sicher stellen und zum anderen das persönliche Interesse der Schülerinnen und Schüler an den Angeboten gewährleisten.

Die konkreten Angebote würden von den Schulen nach festgelegten Sätzen abgegolten werden, so dass die Servicestellen ihre Mitarbeiter, Honorarkräfte und ihren Aufwand finanzieren können. Die Servicestellen selbst müssten aus dem Bereich des Kultusministeriums über das Land Hessen finanziert werden. Dabei könnte nach einer Modellphase von drei Jahren ein Leistungsprinzip eingeführt werden, bei dem Stellen und Sachmittel neben einer gewissen Mindestausstattung in einem bestimmten Verhältnis zu den erbrachten Angeboten in den Schulen stünden.

Das hier skizzierte Trägersystem für Angebote der außerschulischen Bildung in der Ganztagschule würde die oben für die Zusammenarbeit der beiden Systeme beschriebenen Probleme lösen.

So hätte beispielsweise die Kommunikation zwischen Schule und Jugendarbeit über die landesweit als Träger anerkannten Servicestellen eine klare Struktur. Die Vielfalt der Projekte und der Anbieter wäre über eine demokratische Auswahl der konkreten Projekte durch die Schülerinnen und Schüler sichergestellt, ohne dass sich Schulleitungen um die Qualität der Angebote sorgen müssten, da diese über die landesweite Anerkennung des Trägers sichergestellt wäre.

Und besonders wichtig für die Jugendverbände, die Eigenständigkeit der außerschulischen Bildung mit ihren traditionellen Angeboten würde durch das neue Angebot nicht in Frage gestellt. Der Fortbestand der traditionellen Formen und Angebotsstrukturen der außerschulischen Bildung und der Jugendverbandsarbeit sind sogar Voraussetzung für die hier beschriebene Zusammenarbeit. Hier entstehen die pädagogischen und politischen Konzepte, die Inhalte und die Kompetenzen, die die Angebote der außerschulischen Bildung für die Schule und für das Bildungssystem insgesamt so gewinnbringend werden lassen.

Hessischer Jugendring | Schiersteiner Straße 31-33 | 65187 Wiesbaden

Telefon: (06 11) 99 08 30 | info@hessischer-jugendring.de | www.hessischer-jugendring.de



Redaktion: Reiner Jäkel

Gestaltung: www.grafikbuero.com

Fotonachweis: www.grafikbuero.com (Seiten 5, 10, 11); die restlichen Fotos wurden der Foto-DVD „Blickwinkel“ entnommen, die der Deutsche Bundesjugendring im Rahmen von „Projekt P – misch dich ein“ produziert hat. Journalistenbüro Röhr : Wenzel (Titel, 6, 8, 14); studioprokopy werbeagentur & fotostudio (Seite 2, 3); dieprojektoren agentur für gestaltung und präsentation (12, 16)